

Siegermächte des zweiten Weltkrieges in ihren 17 Monate andauernden Gesprächen zur Regelung der Berliner Frage jedoch gar nicht, womit sie von vornherein die Position der russischen Kolonialmacht in Berlin bestätigten. Sie sprachen auch nicht über Ost-Berlin; das ist eben unbestritten „die Hauptstadt der DDR“. Sie verhandelten lediglich über West-Berlin.

Am 3. September unterzeichneten sie endlich ein Rahmen-Abkommen; es engt die Bundespräsenz in Westberlin ein und verstärkt die sowjetische durch Erlaubnis zur Errichtung eines Generalkonsulates, erklärt außerdem Westberlin zur „besonderen politischen Einheit“, die von Bonn zwar nicht regiert, im Ausland aber vertreten wird. Erleichterungen ließen sich erreichen für den „Transit“ („Durchlaß-Verkehr“) nach Westberlin und für Besuche von Westberlinern in der „DDR“, wo die Machthaber befriedigt feststellten, nun sei ihr Staat zum erstenmal von den drei westlichen Großmächten als souverän anerkannt worden. Schon zwei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens, das noch der praktischen Klärung durch jetzt laufende innerdeutsche Besprechungen bedarf, brach ein Flüchtling an der Mauer im Kugelhagel zusammen; er war nicht der letzte; das Schießen geht weiter.

Es gibt viele, die von diesem Abkommen und von Brandts zweiter Rußlandreise (16.—18. September) ein „besseres Klima“ erhoffen, das dann weitere Erleichterungen und die Sicherung des Friedens sozusagen als selbstverständlich mitbringt. Viele freilich fühlen ihr Herz bedrückt, wenn sie an den Verlust von Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien und Sudetenland denken und wenn sie sich klar machen, daß weder der Kreml noch sein Vasall, die „DDR“, das geringste Entgegenkommen für die gesamtdeutsche, nie abänderbare Pflicht zeigen: Einheit und Selbstbestimmungsrecht des Volkes wiederherzustellen. Es macht sie auch stutzig, daß Brandt, um mit Breschnew zu reden, zu ihm auf die Krim flog, während der rote Zar, um mit Tito, mit den Ungarn und Bulgaren zu sprechen, sich selber auf den Weg machte, obwohl letztere zu den Satelliten des von ihm geführten Ostblocks gehören.

Die Brandtsche Ostpolitik findet im Westen durchaus nicht nur Zustimmung, sondern vielfach Kritik, aber deutscher als die Deutschen zu sein, kann man von keinem Volk verlangen. Die Sicherheit des westlichen Bündnisses und des seit 1945 so arg verkleinerten Europas geht freilich alle Westvölker als eine Lebensfrage an.

Sollten die Verträge von Moskau und Warschau nach einer noch nicht erreichten Einigung zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ über Einzelheiten des Berliner Vertrages in Bonn ratifiziert werden, steht die Sowjetunion um einen gewichtigen Schritt tiefer im Abendland. Ob wir daraus für Deutschland, wie die Anhänger Brandts hoffen, gute Möglichkeiten gewinnen — Gott füge es!

Die Weltgeschichte ist eine Kette des Unerwartbaren. Das Erstrebte, als folgerichtig Errechnete ereignet sich nur selten. Wir hoffen — und wäre es im Augenblick auch widersinnig —, daß unserem Volk die Gnade einer Wiedergeburt beschert wird.

Lutz Tilleweid

Zwischen Berliner Mauer und Berliner Vertrag

Vor über 10 Jahren, am 13. August 1961, begann Ulbricht mit der Errichtung der Berliner Blutmauer, worauf die Befestigung und Verminung der ganzen Grenze der „DDR“ gegenüber Westdeutschland folgte. Es kann eben kein kommunistischer Staat bestehen, ohne seinen Bürgern Freizügigkeit zu verweigern und sie mit Waffengewalt gleichsam in einem Kerker festzuhalten, der sich mit dem Landesumfang deckt. Ulbricht tat also nur, was sich aus der Verstaubtheit seiner Ideologie überall ergeben muß, wo sie die Macht hat. Daß das deutsche Volk und die westliche Welt damals erschüttert waren, ist heute fast vergessen.

Doch wir erinnern daran, daß am 18. August 1961 sich als Stimme unserer Nation der Regierende Bürgermeister von Berlin und jetzige Bundeskanzler Willy Brandt unvergeßlich äußerte: „Sie (die Deutschen unter Ulbricht) fragen uns, ob wir sie jetzt abschreiben, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Unser Volk wird jetzt von der Geschichte gewogen, und wehe uns, wenn wir durch Gleichgültigkeit, durch Bequemlichkeit, durch Trägheit oder durch moralische Schwäche diese Probleme nicht bestehen. Dann werden nämlich die Kommunisten nicht am Brandenburger Tor haltmachen, dann werden sie auch nicht an der Zonengrenze stehenbleiben und nicht am Rhein... Wer mit den Kerkermeistern unseres Volkes auf der Messe (in Leipzig) noch Geschäfte machen will, soll gleich dortbleiben. Wir wol-

len ihn nicht mehr sehen! Wir haben uns alle so zu verhalten, daß nicht unsere Feinde sich freuen und unsere Landsleute verzweifeln.“

Selten wurde das Ziel kommunistischer Politik — ständiges Vordringen — klarer ausgesprochen, selten leidenschaftlicher unser Volk dagegen aufgerufen.

Die Westmächte versagten; sie protestierten bloß, anstatt Stacheldraht und Mauer zu beseitigen. Der Kreml hätte deswegen keinen Krieg entfesselt. Brandt forderte damals Taten.

Genau neun Jahre später, am 12. August 1970, erkannte er — inzwischen „zu der Überzeugung gelangt, daß sich die gegenwärtige Lage in absehbarer Zeit nicht ändern läßt“ — die bestehenden Machtgrenzen Europas im Moskauer Vertrag an, was er im Abkommen mit Warschau bekräftigte. Beide Verträge sind vom Bundestag noch nicht ratifiziert worden.

An Brandts Ostpolitik, die im Osten außer von China, gelobt wird, scheiden sich die Geister im Westen. Wer sie bejaht oder wer sie ablehnt — beide können sich auf Äußerungen von ihm berufen. Niemand jedoch in aller Welt, abgesehen vom Ostblock, bejaht die Schandmauer, deren Häßlichkeit das Scheußliche ihres Zweckes brutal verkörpert. Sie ist kein Werk des Friedens, wie man in Ostberlin behauptet: bis Ende August 1971 wurden an ihr 156 Flüchtlinge ermordet, davon 68 in Berlin; doch gelang es 30 000 Menschen, über die Sperrn zu uns zu flüchten, davon 526 Soldaten und Offiziere. Außerdem kehrten der „DDR“ seit dem 13. August 1961 noch 50 000 den Rücken, indem sie auf dem Umweg durch andere Länder nach Westdeutschland flohen oder von Besuchsfahrten nicht mehr heimkehrten.

Darüber verhandelten die Botschafter der vier großen

Kasseler Sonntagsblatt 17. Okt. 1971

Zwischen Berliner Mauer und Berliner Vertrag

Vor über 10 Jahren, am 13. August 1961, begann Ulbricht mit der Errichtung der Berliner Blutmauer, worauf die Befestigung und Verminung der ganzen Grenze der DDR gegenüber Westdeutschland folgte. Es kann eben kein kommunistischer Staat bestehen, ohne seinen Bürgern Freizügigkeit zu verweigern und sie mit Waffengewalt gleichsam in einem Kerker festzuhalten, der sich mit dem Landesumfang deckt. Ulbricht tat also nur, was sich aus der Verstaubtheit seiner Ideologie überall ergeben muß, wo sie die Macht hat. Daß das deutsche Volk und die westliche Welt damals erschüttert waren, ist heute fast vergessen; doch wir erinnern daran, daß am 18. August 1961 sich als Stimme unserer Nation der Regierende Bürgermeister von Berlin und jetzige Bundeskanzler Willy Brandt unvergeßlich äußerte:

"Sie (die Deutschen unter Ulbricht) fragen uns, ob wir sie jetzt abschreiben, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und darauf gibt es nur die Antwort: Nein! Niemals! Unser Volk wird jetzt von der Geschichte gewogen, und wehe uns, wenn wir durch Gleichgültigkeit, durch Bequemlichkeit, durch Trägheit oder durch moralische Schwäche diese Probleme nicht bestehen. Dann werden nämlich die Kommunisten nicht am Brandenburger Tor haltmachen, dann werden sie auch nicht an der Zonengrenze stehenbleiben und nicht am Rhein... Wer mit den Kerkermeistern unseres Volkes auf der Messe (in Leipzig) noch Geschäfte machen will, soll gleich dortbleiben. Wir wollen ihn nicht mehr sehen! Wir haben uns alle so zu verhalten, daß nicht unsere Feinde sich freuen und unsere Landsleute verzweifeln".

Selten wurde das Ziel kommunistischer Politik - ständiges Vordringen - klarer ausgesprochen, selten leidenschaftlicher unser Volk dagegen aufgerufen.

Die Westmächte versagten; sie protestierten bloß anstatt Stacheldraht und Mauer zu beseitigen. Der Krenl hätte deswegen keinen Krieg entfesselt. Brandt forderte damals Taten.

Genau 9 Jahre später, am 12. August 1970, erkannte er, inzwischen überzeugt, daß sich die gegenwärtige Lage in absehbarer Zeit nicht

ändern lasse, die bestehenden Machtgrenzen Europas im Moskauer Vertrag an, was er im Abkommen mit Warschau bekräftigte. Beide Verträge sind vom Bundestag noch nicht ratifiziert. ~~waren~~.

An Brandts Ostpolitik, die im Osten gelobt wird, außer von China, scheiden sich die Geister im Westen; wer sie bejaht oder wer sie ablehnt, beide können sich auf Äußerungen ^{von ihm} Brandts berufen. Niemand jedoch in aller Welt, abgesehen vom Ostblock, bejaht die Schandmauer, deren Häßlichkeit das Scheußliche ihres Zweckes brutal verkörpert. Sie ist kein Werk des Friedens, wie man in Ostberlin behauptet; bis Ende August 1971 wurden an ihr 156 Flüchtlinge ermordet, davon 68 in Berlin; dennoch gelang es ^{30 000} ~~30 000~~ Menschen über die Sperren zu uns zu flüchten, davon 526 Soldaten und Offiziere ^x. Außerdem kehrten der DDR seit dem 13. August 1961 noch ^{50 000} ~~50 000~~ den Rücken, ⁿ indem sie auf dem Umweg durch andere Länder nach Westdeutschland flohen oder von Besuchsfahrten nicht mehr heimkehrten.

Darüber verhandelten die Botschafter der vier großen Siegermächte des 2. Weltkriegs in ihren 17 Monate andauernden Gesprächen zur Regelung der Berliner Frage nicht, womit sie von vornherein die Position der russischen Kolonial-^{in Berlin}macht bestätigten. Sie sprachen auch nicht über Ost-Berlin; das ist ~~oben~~ unbestritten die Hauptstadt der DDR. Sie verhandelten lediglich über West-Berlin.
sie

Am 3. September unterzeichneten ^{sie} ~~endlich~~ ein Rahmen-Abkommen; es engt die Bundespräsenz in Westberlin ^{und} ein, verstärkt die sowjetische ~~Präsenz~~ durch Erlaubnis zur Errichtung eines Generalkonsulates, erklärt ^{außerdem} Westberlin zur "besonderen politischen Einheit", die Bonn zwar nicht regiert, im Ausland aber vertritt. Erleichterungen ließ ^{er sich erreichen} der ~~Kreml~~ zu für den "Transit" nach Westberlin und für ~~den~~ Besuche von Westberlinern in der DDR, wo die Machthaber befriedigt feststellten, nun sei ihr Staat zum erstenmal von den drei westlichen Großmächten als souverän anerkannt worden. Schon zwei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens, das noch der praktischen Klärung durch jetzt laufende innerdeutsche Besprechungen bedarf und ebenfalls ratifiziert werden muß, brach ein Flüchtling an der Mauer im Kugelhagel zusammen; er war nicht der Letzte; das Schießen geht weiter.

Scherer!! 1) siehe nächste Seite

Es gibt viele, die von diesem Abkommen und von Brandts zweiter Rußlandreise (16.-18.September) ein "besseres Klima" erhoffen, das dann weitere Erleichterungen und die Sicherung des Friedens sozusagen als selbstverständlich mitbringt. Viele freilich fühlen ihr Herz bedrückt, wenn sie an den Verlust von Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien und Sudetenland denken und wenn sie sich klar machen, daß weder der Kreml noch sein Vasall, die DDR, das geringste Entgegenkommen für unsere gesamtdeutsche nie abänderbare Pflicht zeigen: Einheit und Selbstbestimmungsrecht des Volkes wiederherzustellen. Es macht sie auch stutzig, daß Brandt, um mit Breschnew zu sprechen, zu ihm auf die Krim flog, während ~~dieser~~ rote Zar, um mit Tito, mit den Ungarn und Bulgaren zu sprechen, sich selber auf den Weg machte, obwohl diese Partner zu den ~~Satelliten~~ Satelliten des von ihm geführten Ostblocks gehören.

Die Brandtsche Ostpolitik findet im Westen durchaus nicht nur Zustimmung, sondern vielfach Kritik, aber deutscher als die Deutschen zu sein, kann man von keinem Volk verlangen. Die Sicherheit des westlichen Bündnisses und des seit 1945 so arg verkleinerten Europas geht freilich alle Westvölker als eine Lebensfrage an.

Sollten die Verträge von Moskau und Warschau nach einer noch nicht erreichten Einigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR über ~~die~~ Einzelheiten des Berliner Vertrages in Bonn ratifiziert werden, steht die Sowjetunion, um einen gewichtigen Schritt tiefer im Abendland. Ob wir daraus für Deutschland, wie die Anhänger Brandts hoffen, gute Möglichkeiten gewinnen - Gott füge es!

Die Weltgeschichte ist eine Kette des Unerwartbaren; das Erstrebte, als folgerichtig Errechnete ereignet sich nur selten. Wir hoffen - und wäre es im Augenblick auch widersinnig, daß unserem Volk die Gnade einer Wiedergeburt beschert wird.